



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Idee für dieses Heft ist ungefähr so alt wie Donald Trumps zweite Präsidentschaft, und es will möglichst weit über sie hinausweisen. Es ist ja das eine, diesen durchanalysierten und dennoch enigmatisch gebliebenen Mann zu betrachten und die Trümmer seines Handelns. Aber nicht weniger wichtig ist die Frage, die uns schon länger beschäftigt: What comes after the destruction? Auch Trumps Welt ist keine Scheibe, an deren Ende man ins bodenlose Nichts stürzt, so naheliegend dieses Bild auch für den radikalen, egomanischen Nihilismus des Moguls wäre. Es wird ein Danach geben, so wie das Davor Trumps Macht über das Jetzt erklärt. Aber wie sieht das aus, was für Ansätze gibt es, die Welt nach Trump zu gestalten? In Zusammenarbeit mit dem Stimson Center in Washington, D.C. und mit dessen freundlicher Unterstützung ist diese Sonderausgabe entstanden; sie erscheint kurz vor den Zwischenwahlen in den USA. Wir haben dieses Heft in drei Teile gegliedert: Systeme, Allianzen und Institutionen, neue Wege.

Das erste Briefing für unsere (sehr verschiedenen) Autorinnen, Autoren und Gesprächspartner war jeweils sehr ähnlich: Bitte beschreibt uns, was übrigbleiben wird, wenn Trumps Zeit endet, und was neu sein könnte. Und dann die Ableitungen: Was heißt das für die transatlantischen Beziehungen, was für die NATO? Welche politischen und gesellschaftlichen Institutionen überleben, braucht es neue? Kommt jetzt die Blütezeit des Multilateralismus? Was ist das noch, „der Westen“, normative Kategorie, verblühte Idee, geografisches Label oder neue Vision? Bringt uns „rechts“ und „links“ noch weiter, oder müssen wir nicht nur über neue Kategorien nachdenken, sondern auch über andere, weniger abgenutzte Begriffe? Welche Antworten auf Ordnungsfragen finden wir?

Es gibt eine Quersumme der neun Texte dieser Ausgabe, die sich ihrerseits dreiteilen lässt. Erstens: Der Weg nach vorn wird keinerlei Sehnsüchte nach einer „guten alten Zeit“ befriedigen, die in Deutschland gerade so leimrutenklebrig wie erfolgreich unter Volk gebracht wird. Zweitens: Neues zu denken ist auch unangenehm, zwingt es doch zum Hinterfragen von teils jahrzehntealten Glaubenssätzen und zum Abschied

von vermeintlich ewigen Wahrheiten. Drittens: Die Welt nach Trump bleibt unübersichtlich und entzündlich; sie wird ihre Stabilität auf schnell veränderbare Koalitionen stützen, auf mittlere und kleinere. Pragmatismus pur statt eiserner Allianzen; mehr Interessen, weniger Ideale. Wer Realpolitik nicht mag, für den wird es wenig erfreulich. Und: Woher etwas Übergreifendes, womöglich Universelles kommen soll, scheint ein großes Rätsel.

Was erwartet Sie in diesem *IP-Special*? Den Auftakt macht Julian Müller-Kaler, dessen intellektuelle Energie die Konzeption dieser Ausgabe bereichert hat. In seinem Essay argumentiert er, dass der heutige Populismus – von Trump über den Brexit bis zur AfD – nicht die Ursache der demokratischen Krise ist, sondern deren Symptom: Ausdruck eines tieferen Vertrauensverlusts, der entsteht, weil die für die industrielle Nachkriegswelt geschaffenen Institutionen nicht mehr imstande sind, wirtschaftliche Sicherheit, Teilhabe und Würde zu gewährleisten. Populismus sei eine politische Logik und eine Gegenbewegung, die auf die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlicher Teilhabe reagiere. Seine Empfehlung: Statt Institutionen gegen ihre eigenen unzufriedenen Wähler zu verteidigen, brauche es einen neuen, transatlantisch verankerten Gesellschaftsvertrag, der wild gewordene Märkte wieder gesellschaftlich einbettet, gerade auch im Zeitalter der KI.

Mathew Burrows schaut ins Innere der USA. Und sagt, dass nicht der Aufstieg Chinas oder anderer Rivalen, sondern Amerikas selbstverschuldete Erosion seine Macht bedrohe: Protektionismus und Schuldenkrise, demografischer Wandel, wachsende Ungleichheit und politische Dysfunktionalität. Die Konsequenz: der beschleunigte, für Burrows ohnehin unausweichliche Übergang in eine multipolare Welt.

Emma Ashford schließt Teil eins ab: Europa werde unter dem Druck einer sich zurückziehenden Trump-Regierung zwar militärisch leistungsfähiger – gut. Dieser Wandel werde aber nicht von außenpolitischem Konsens getrieben, sondern von der Angst vor der Preisgabe durch die USA – schlecht. So werde die europäische Außenpolitik zerrieben zwischen nationaler, supranationaler und europäischer Ebene. Ihr Ausweg? Flexible, minilaterale „Koalitionen der Willigen“.

Teil zwei des Heftes bietet Analysen zur Zukunft von Institutionen und Ordnungen. Sumantra Maitra und Peter Slezkine haben mit einer lieblichen „Unter Joe Biden war noch alles in Butter mit der NATO“-Perspektive so gar nichts am Hut. Kühl sagen sie: Nicht die Rettung dieser Allianz, sondern ihr Ersatz durch eine technologie- und handelsgestützte Partnerschaft sei der einzig tragfähige Weg aus der strukturellen Erosion des Atlantizismus. Dafür brauche es allerdings zwingend die europäische Eigenverantwortung für die konventionelle Verteidigung.

Im Anschluss öffnet Daniela Schwarzer die Perspektive auf Fragen der internationalen Ordnung. Gerade weil die von den USA getragene liberale Ordnung ende und die

Welt dauerhaft multipolar, krisenhafter und stärker machtgetrieben werde, brauche sie nicht weniger, sondern mehr durchsetzbares internationales Recht sowie reformierte Institutionen. Europa solle diese erneuerte, hegemoniefreie Ordnung durch flexible Koalitionen mit Mittelmächten und Regionen aktiv mitgestalten.

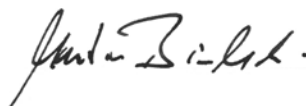
Marc Saxer nimmt uns mit in die „Wolfswelt“: Europa müsse angesichts des Zerfalls der amerikanisch garantierten liberalen Weltordnung und seiner eigenen Überdehnung die transatlantische Nostalgie aufgeben. Neue Handlungsmacht gewinne es durch pragmatischen Realismus, flexible Partnerschaften „in der Mitte“ (auch mit China) und den Umbau der multilateralen Institutionen zu einer postwestlichen, postliberalen Ordnung.

Für Teil drei, neue Wege, haben wir mit Robert Habeck gesprochen. Demokratien, sagt der Ex-Vizekanzler, müssten aufhören, sich auf die moralische Überlegenheit ihrer Werte zu verlassen und lernen, diese Werte durch robuste Machtpolitik aktiv durchzusetzen – militärisch, wirtschaftlich und technologisch. Denn wer im herausziehenden KI-Zeitalter in welchem Maße über Macht verfüge, werde darüber entscheiden, ob Freiheit sich behaupten könne.

Pauliina Patana fordert mehr Ehrlichkeit: Die etablierten Parteien sollten die Umwälzungen dieser Zeit nicht als rein „populistische Gegenbewegung“ fehldeuten, sondern als rechtsextreme, ethnonationalistische Projekte erkennen. Sie sollten nicht deren Positionen übernehmen, sondern ihnen durch eigenständige, glaubwürdige politische Alternativen begegnen – und zwar solche, die die realen sozialen und wirtschaftlichen Sorgen der Wähler ernst nehmen. Das tun ja nicht alle „Alternativen“ dieser Tage.

Den Schlussstein setzt Sarah Bressans Essay, ein „Szenario 2040“. Eine lebenswerte Zukunft sei mitnichten ein naiver Traum, sondern aktiv gestaltbare „Work in Progress“. Dafür müsse Europa aber aufhören, auf die USA zu setzen oder auf die nächste Krise zu warten. Besser: durch globale Kooperation, institutionelle Zukunftsvorsorge und politische Vorstellungskraft selbst ins Handeln zu kommen.

All diese Texte führen explizit nicht in ein schwüles Gestern, zu dem Vorreiter Trump beherzt und geschickt die Tore geöffnet hat. Sie weisen heraus aus einer Zeit der Überforderung, in der Gefühls Vernunft ersetzt hat, in der die Demokratie selbst erodiert. Politische Systeme sind an ihre Grenzen gelangt, herausgefordert von Technik, Geld, Macht und Brutalität. Trump hat diese Welle nicht erzeugt, er hat sie verstärkt und weiß Gott geritten. Einmal aber, da wird er heruntermüssen vom güldnen Thron. Also: Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Wir wünschen gute, inspirierende Lektüre.



Martin Bialecki
Chefredakteur